

WEITBLICK



ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK

2/2011
KLIMA UND ENERGIE

Interview mit Dirk U. Hindrichs, Chef der Schüco-Gruppe.
Seite 2

Atom- und Kohlestrom Ade!
Wechseln Sie jetzt Ihren Stromanbieter.
Seite 3

Aufbruchstimmung.
Germanwatch feierte 20-jähriges Jubiläum. Seite 4

EDITORIAL



Klaus Milke
Vorstandsvorsitzender von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ausstieg heißt Einstieg. Haben Sie schon den Stromanbieter gewechselt? Wenige Klicks auf unserer Webseite genügen (siehe S. 3). Es tut nicht weh und keiner kann sagen, das sei zu kompliziert. So können Sie die Politik in diesem Land unterstützen, ihr zusätzlich Beine machen. Demonstrationen sowie Entscheidungen an der Wahlurne und bei Kauf- und Vertragsabschlüssen können etwas verändern.

Fukushima hat gezeigt, dass tatsächlich gewaltige Risiken nicht zu Restrisiken verharmlost werden dürfen. Passiert jetzt wirklich in Stunden mehr als sonst in Legislaturperioden, wie kürzlich der Bundesumweltminister beim Germanwatch-Jubiläum sagte?

Wir sind auf einem überaus spannenden Weg in die Zukunft. Gelingt der Weg in ein neues Wohlstandsmodell jenseits der Risikoenergieträger Kernkraft und Kohle?

Es geht auch um eine große Herausforderung an die Demokratie, an Teilhabe, größtmögliche Transparenz und Kommunikation. Und das nicht nur auf nationaler, sondern auch auf regionaler und lokaler Ebene. Kann es gelingen, dass die EU zum Vorreiter wird? Nach dem Stillstand in den USA und der Katastrophe in Japan schaut die Welt nun auf die EU.

In dem Sinne grüßt herzlich

Ihr Klaus Milke

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Prof. Dr. Robert Watson, Chefwissenschaftler des britischen Ministeriums für Umwelt, Ernährung und ländliche Räume, zuvor Vorsitzender des Weltklimarats IPCC und des Weltagraberichts IAASTD

The international climate, food and water crisis are becoming increasingly interlinked and can only be addressed in a co-ordinated fashion. I have come to know Germanwatch as one of the organisations that is able to present the complexity of the issues in a manner that is comprehensible to policymakers as well as wider audience. At the same time, it comes up with realistic proposals for policy, business and civil society and creates networks for their support.

Handeln statt predigen

Das Ende der Risikotechnologien in Deutschland?

Es gibt sie, diese Momente, in denen Politik flüssig wird. In denen Kontinuität im Denken und Handeln durchbrochen und Neuanfänge möglich werden. Scheinbar unverrückbare Positionen verändern sich über Nacht. Jahrzehntelange Arbeit der Zivilgesellschaft bricht sich Bahn. In der deutschen Energiepolitik erleben wir derzeit einen solchen Moment. In wenigen Wochen werden wir wohl wissen, ob dieser Moment genutzt wurde – hin zum Ausstieg aus den Risikotechnologien Kernkraft und Kohle, hin zum massiven Ausbau von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien.

Seit Beginn der Industrialisierung, seit Einsatz der Dampfmaschine, baute sich der Wohlstand und die weltweite Dominanz der Industrieländer auf fossilen Energieträgern und später auch Kernkraft auf. Ob in China, Indien, Südafrika oder den USA: überall richten sich jetzt die Augen vieler Experten auf Deutschland. Ist ein Wohlstandsmodell denkbar, das nicht von den Risikoenergieträgern Kohle und Kernkraft angetrieben wird? Kann der Umbau des Energiesystems einer Industriegesellschaft relativ reibungslos gelingen? In den Schwellenländern wachsen derzeit Energieverbrauch und CO₂-Emissionen enorm. Die Vorteile der Energiewende zu predigen, überzeugt dort nicht – solange Industrieländer nicht beherzt zeigen, dass dieser Weg tatsächlich möglich ist. Deutschland, immer noch eines der führenden Industrieländer weltweit, hat jetzt die Chance, diesen Nachweis anzutreten.

Zentral für die Menschen in Deutschland und die Regierungen weltweit ist nicht nur, dass der Umbau des Energiesystems gelingt, sondern auch wie er gelingt:

■ **Kosten:** Repräsentative Umfragen zeigen erfreulicherweise, dass eine Mehrheit der Deutschen, sogar der Geringverdiener, vorübergehend höhere Strompreise für den Umbau hin zu Erneuerbaren Energien akzeptiert. Andererseits ist die Zahlungsbereitschaft begrenzt. Die doppelte Herausforderung liegt darin, dass wir höhere Energiepreise



brauchen, um Anreize für verringerten Verbrauch zu setzen, und dies so gestalten müssen, dass sich daraus keine neue soziale Frage entzündet. Gerade bei der Energieeffizienz, wo sich Kosten für die Bürger besonders gut einsparen lassen, geht es in der EU und Deutschland am langsamsten voran.

■ **Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit:** Bahnt der Umbau hin zu Energie- und Rohstoffeffizienz sowie zu Erneuerbaren Energien den Weg zu neuen, nachhaltigen Arbeitsplätzen? Bleibt die Industrie wettbewerbsfähig? An diesem Ergebnis wird die internationale Ausstrahlungskraft der deutschen Energiewende maßgeblich gemessen werden.

■ **Sichere Stromversorgung:** Ist eine sichere Stromversorgung – ohne Angst vor Blackouts – durch die fluktuierenden Erneuerbaren Energien leistbar? Technisch ist das im Prinzip kein Problem. Hierzu bedarf es eines intelligenten Nachfragemanagements sowie des massiven Ausbaus von Speichern und Stromnetzen. Repräsentative Umfragen zeigen: Die Deutschen sind dazu bereit, aber sie wollen frühzeitig an den Planungen beteiligt werden.

■ **Energiesicherheit:** Die Leitstudie 2010 des Bundesumweltministeriums rechnet vor, dass

wir unsere Energieimporte durch den Ausbau von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien um 60 Prozent im Jahr 2050 reduzieren können. Damit verringern wir unsere (Energie-)Abhängigkeit von Staaten wie Russland oder Saudi-Arabien massiv und stärken unsere Energiesicherheit.

■ **EU-weites Konzept:** Nur wenn Deutschland sich in der EU dafür stark macht, kann es gelingen, dass die EU – wie international erwartet – ihr CO₂-Reduktionsziel von 20 auf 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 anhebt. Dies wäre das richtige Signal für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und den internationalen Klimaschutz. Doch der deutsche Wirtschaftsminister Brüderle verhindert, dass Deutschland hier mit einer Stimme spricht – ebenso wie er notwendige Schritte für ein verbindliches 20-Prozent-Ziel bei der EU-Energieeffizienz bis 2020 blockiert.

Unerlässlich ist, dass die Bürgerinnen und Bürger nun gegenüber Politik und Wirtschaft zeigen, dass sie bereit sind zur Energiewende. Jetzt ist die Zeit, dies bei Demonstrationen oder Internetaktionen zu zeigen. Beim Kauf von Produkten – und natürlich bei der Wahl des Stromversorgers.

Christoph Bals, Jan Burck

Höchste Zeit für den Ausstieg

Die großen Krisen um Umbrüche des letzten Jahrzehnts waren auf die eine oder andere Weise über Engpässe mit der Krise des durch fossile Energieträger und Kernkraft befeuerten Energiesystems verwoben.

Das Zeitalter des billigen Öls geht zu Ende

■ Die bisher höchsten Ölpreise – Mitte 2008 – waren einer der Auslöser der weltweiten Nahrungsmittelkrise der Jahre 2008/2009. Unter anderem durch die größere Rolle von Agrosprit folgen die Nahrungsmittelpreise den Schwankungen des Ölpreises. Die Ernährungskrise trieb etwa 200 Millionen Menschen zusätzlich in den Hunger.

■ Die schnell steigenden Ölpreise haben 2008 auch dazu beigetragen, dass viele Hausbesitzer in den USA ihre Schulden nicht zurückzahlen konnten und die Finanzkrise begann.

■ Je teurer das Öl, desto riskanter die Abbaumethoden. Dies war zentrale Ursache

der Ölkatastrophe der „Deepwater Horizon“ im Golf von Mexiko (2010).

■ Die Umbrüche in den Ländern des Mittelmeerraums und Arabiens zeigen: Das für die Industrieländer so bequeme Tauschgeschäft – günstiges Öl und Gas gegen Stützung korrupter Diktaturen – ist vorbei. Heute werden Menschen in arabischen Ländern mit Waffen niedergeschossen, die mit Ölmilliarden gekauft wurden. Die Aktivitäten von Al-Kaida – auch der 11.9.2001 – wären ohne das Geld aus Saudi-Arabien nicht möglich gewesen.

Kohle treibt die Risiken des Klimawandels

■ Der Einsatz der Kohle steigt weltweit, allen voran in den Schwellenländern China und Indien. Dabei setzt kein anderer Energieträger pro Kilowattstunde so viel CO₂ frei. Ohne Klimawandel hätten Wetterkatastrophen wie die extrem ungewöhnliche Hitzewelle mit Wald- und Torfbränden in Russland sowie die gi-

gantische Überflutung in Pakistan sehr wahrscheinlich nicht stattgefunden. Die ungewöhnliche Vielzahl der Wetterkatastrophen im vergangenen Jahr ist zugleich eine treibende Kraft hinter Finanzmarktspekulationen und dem neuen Anstieg der Nahrungsmittelpreise im Jahr 2011.

Das Experiment Kernenergie ist gescheitert

■ Fukushima hat den Eindruck zerstört, in hoch industrialisierten Industrieländern könne es keine schweren Atomkraftunfälle geben.

■ Die internationalen Krisen um Nord-Korea, Iran oder Pakistan zeigen, wie leicht die vermeintlich friedliche Technologie zu Waffenzwecken genutzt werden kann.

■ Weltweit ist die Endlagerungsfrage von Material mit 24.000 Jahren Halbwertszeit ungeklärt.

Christoph Bals, Jan Burck

Sechs Eckpfeiler für ein energiepolitisches Zukunftspaket

Die Katastrophe von Fukushima erfordert jetzt den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomtechnologie in Deutschland und Europa. Hierüber zeichnet sich, getragen von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, ein breiter gesellschaftlicher Konsens ab. Aber auch angesichts der zunehmenden Bedrohung durch den Klimawandel müssen die Weichen in der Energiepolitik neu gestellt werden, und der Klimaschutz ein elementarer Teil der neuen Energiestrategie werden. Die sechs Eckpfeiler für eine klima- und energiesichere Zukunft sind:

1. Ausstieg aus der Atomenergie

Acht der 17 deutschen Kernreaktoren müssen sofort und dauerhaft vom Netz genommen werden. Sechs weitere Kernkraftwerke sollten und können bis 2013 vom Netz gehen. Die restlichen drei sollten wenige Jahre später folgen. Angesichts der gegenwärtigen Überkapazitäten des laufenden Ausbaus der erneuerbaren Energien, der heute existierenden Kaltreserve, der derzeit in Bau befindlichen Kraftwerkskapazitäten und einem Spitzenlastmanagement droht weder heute noch künftig eine Stromlücke.

2. Keine neuen Kohlekraftwerke

Der Neubau von Kohlekraftwerken muss ausgeschlossen werden. Neue klimaschädliche Kohlekraftwerke mit langer Lebensdauer zementieren hohe CO₂-Emissionen für Jahrzehnte, was nicht mit den mittel- und langfristigen Erfordernissen zur Emissionsminderung vereinbar ist. Gaskraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplung müssen als Brückentechnologien für den Übergang zu einer Energieversorgung aus 100 % Erneuerbaren Energien ausgebaut werden.

3. Beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien

Die erneuerbaren Energien müssen unter Berücksichtigung strikter Nachhaltigkeitskriterien schneller als bisher ausgebaut werden. Dazu sind ein robustes Fördersystem und umfassende Maßnahmen zur Schaffung der notwendigen Infrastruktur, wie neue Stromtrassen, intelligente Netze und Speicher notwendig.

4. Ein ehrgeiziges deutsches Effizienzziel

Deutschland muss sich das verbindliche Ziel setzen, die Energieeffizienz um mindestens

drei Prozent pro Jahr zu steigern. Zudem müssen umfassende Mittel für Energiesparmaßnahmen bereitgestellt und entsprechende ordnungsrechtliche Maßnahmen – insbesondere im Gebäude und Verkehrsbereich – ergriffen werden. Für Energieeffizienz müssen jährlich mindestens 5 Mrd. € bereitgestellt werden.

5. Europa als Vorbild beim Klimaschutz

Nur mit einem klaren politischen Rahmen und klaren Zielen kann Europa eine nachhaltige, zukunftsfähige und risikofreie Energieversorgung realisieren. Die Bundesregierung muss

ohne Wenn und Aber ein EU-Klimaziel von mindestens 30 Prozent heimischen Reduktionen bis 2020 und 95 Prozent Reduktionen bis 2050 gegenüber 1990 unterstützen.

6. Europa mit ehrgeizigem Effizienzziel

Das europäische Ziel, den Energieverbrauch durch Effizienzsteigerungen um 20 Prozent bis 2020 zu senken, muss verbindlich fest geschrieben werden. Der im März 2011 vorgestellte Effizienzplan des EU-Energiekommissars ist noch deutlich zu schwach und muss noch grundsätzlich überarbeitet werden.



GREENPEACE

Brot für die Welt
Ein Stück Gerechtigkeit

GERMANWATCH



Die Umwelt- und Entwicklungsorganisationen „Brot für die Welt“, Germanwatch, Greenpeace, Oxfam und WWF fordern von der Bundesregierung in einer gemeinsamen Erklärung sechs Eckpfeiler für eine zukunftsfähige Energieversorgung ohne klimaschädliche und hochriskante Energietechnologien. Das Eckpunktepapier wurde inzwischen von über hundert Organisationen, Kirchenverbänden und Unternehmen mitgezeichnet.

Die ungekürzte Fassung finden Sie hier: www.germanwatch.org/presse/2011-04-14a



„Es ist eines der größten Hemmnisse, dass der BDI derzeit die Vergangenheit organisiert und nicht die Zukunft.“

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch

Differenziertere Debatte um CCS

Am 13. April 2011 hat das Bundeskabinett ein Gesetz zur Demonstration von CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) verabschiedet. Damit hat der deutsche Entwurf zum CCS-Gesetz die erste Hürde genommen. Anders als im vergangenen Jahr geplant, soll es jetzt nur noch um Demonstrationsanlagen gehen. Außerdem können die Bundesländer Veto einlegen: Sie können bestimmen, dass die CO₂-Speicherung in bestimmten Gebieten unzulässig ist.

Nach Auffassung von Germanwatch sollten in Deutschland keine neuen Kohlekraftwerke – weder mit noch ohne CCS – gebaut werden. Bisher ist aber nicht ersichtlich, wie ohne CCS die industriellen Prozessemissionen (etwa in Zement- oder Stahlwerken) in den nächsten Jahrzehnten so stark verringert werden könnten wie notwendig. International zeichnet sich allerdings ab, dass wegen des starken Zubaus von Kohlekraftwerken, vor allem in China und Indien, ohne CCS die notwendigen Klimaziele nicht erreicht werden können.

Durch den verabschiedeten Gesetzentwurf steigt nun die Chance, dass im Kraftwerk Jämschwalde in Brandenburg eine der avisierten zwölf europäischen CCS-Demonstrationsanlagen entsteht. Germanwatch befürwortet, dass noch nicht stillgelegte Kohlekraftwerke mit CCS nachgerüstet werden – im Fall des Kraftwerks Jämschwalde zur Erforschung der Post-Combustion-Abscheidetechnik. Komplizierter ist der Fall beim zur Erprobung der Oxyfuel-Technologie erforderlichen Neubau eines Kraftwerksblocks. Für den Einsatz in Deutschland ist dieser nicht notwendig. Allerdings lassen sich Kraftwerke mit dieser vielleicht vielversprechendsten CCS-Abscheidetechnik nicht nachrüsten. Und sie wird ohne Testanlagen kaum in anderen Ländern, die weiter Kohlekraftwerke bauen, zum Einsatz kommen.

Statt CO₂ als Abfall zu vergraben, wäre es viel eleganter, nicht vermeidbares CO₂ zu nutzen. Allerdings zeichnen sich bisher keine Nutzungsmöglichkeiten in der notwendigen Größenord-

nung ab. Die Lösung im Umgang mit CO₂, welches trotz aller Effizienzsteigerungen und trotz eines vehementen Ausbaus von Erneuerbaren Energien nicht vermieden werden kann, liegt darin, das CO₂ als Ressource zu nutzen und nicht zu entsorgen.

Dem Unternehmen Bayer ist es immerhin gelungen, einen geeigneten Katalysator zu finden, so dass nunmehr eine Pilotanlage zur CO₂-Nutzung in Betrieb genommen werden konnte. Dort wird ein neues Verfahren im technischen Maßstab getestet, bei dem ein chemisches Vorprodukt entsteht, in das CO₂ eingebunden wird. Diese Substanz wird zu Polyurethanen weiterverarbeitet, die in vielen Dingen des täglichen Lebens eingesetzt werden. Das klimaschädliche Abgas CO₂ findet so nachhaltige Verwertung als Rohstoff und Erdöl-Ersatz.

Manfred Treber

Ja, ich unterstütze Germanwatch

Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von _____ € per Lastschrift.

Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle
 monatlich halbjährlich jährlich
 den Betrag von _____ € (Mindestbeitrag:
 5 € monatl. / 30 € halbjährl. / 60 € jährl.)

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit kündigen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Konto-Nr.

Geldinstitut

BLZ

Datum/ Unterschrift

Name

Vorname

Straße / Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bitte einsenden an: Germanwatch e.V., Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin

Sie können auch per Überweisung spenden (Bankverbindung siehe Impressum).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.

Dezentralisierung und Eigenstromerzeugung sind die Schlagwörter

Interview mit Dirk U. Hindrichs, Chef der Schüco-Gruppe

Im Moment tagt die Ethik-Kommission über den Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung in Deutschland. Was erwarten Sie von den Ergebnissen, die Ende Mai vorgestellt werden sollen?

Für mich gibt es keine Alternative zum zügigen Atomausstieg. Nach Fukushima bezweifelt niemand mehr, dass Kernenergie gefährlich und teuer ist. Preise für Kernenergie, ohne die Kosten für die Entsorgung und angemessene Versicherungskosten im Schadensfall, sind unvollständig. Ganz abgesehen davon, dass die Probleme dieser Technologie nachfolgenden Generationen und damit die wahren Kosten der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Ich bin davon überzeugt, dass wir in Deutschland durch eine höhere Energieeffizienz und den kontinuierlichen Ausbau der Erneuerbaren Energien die Energieversorgung sicherstellen können, ohne den CO₂-Ausstoß zu erhöhen.

Welche Chancen und Herausforderungen ergeben sich aus dem schnelleren Ausstieg aus der Atomenergie für Schüco?

80 % der Gebäude sind heute älter als 25 Jahre und energetisch nicht saniert. Über 30 % der Energie wird in Gebäuden verbraucht oder besser gesagt verschwendet. Die größten CO₂-Ein-

sparpotenziale liegen daher in Gebäuden und nicht im Verkehrssektor. Wir stellen uns diesen Herausforderungen: Das Schüco 2° System führt zu 80 % CO₂-Einsparung gegenüber der Energieeinsparverordnung 2009. Alle Schlüsselprodukte hierfür wie zum Beispiel Fensterstrom bzw. thermisch aktive Wände sind serienmäßig verfügbar. Die ersten Objekte sind in Bau. Deshalb ist für unser Haus klar:

- Innovative Sanierungssysteme tragen erheblich zur energetischen Verbesserung des Gebäudebestandes bei.
- Gebäude können selbst mehr Nutzenergie erzeugen als sie verbrauchen.

Was sind die nächsten Schritte auf dem Weg zu 100 % Erneuerbare in Deutschland bis 2050? Wo sehen Sie die größten Hemmnisse?

Das Konzept einer modernen Stromversorgung liegt doch auf der Hand: Dezentralisierung und Eigenstromerzeugung sind die Schlagwörter. Häuser können schon heute mit Photovoltaik, Solarthermie und Wärmepumpen einen sehr großen Anteil der Energiebilanz decken. Kombiniert man dies noch mit entsprechenden Energieeinsparungen, wird unser Lebens- und Arbeitsraum unabhängig – autark. Bald werden wir zudem Speichertechnologien anbieten können, die es ermöglichen, den Strom aus der

Sonne auch nachts bzw. zu einstrahlungsärmeren Tageszeiten zu verwenden und so über die forcierte dezentrale Nutzung auch die Netze zu schonen. Somit wird Photovoltaikstrom aus der Gebäudehülle kontinuierlich billiger – Netzstrom immer teurer.

Die größten Hemmnisse liegen dabei in den sich ständig wechselnden politischen Rahmenbedingungen, die z. B. die Photovoltaik betreffen. Wir brauchen Planungssicherheit und nicht alle drei Monate neue Vorgaben.

Was erwarten Sie von der Politik? Welche Rahmensetzung ist notwendig?

Ich erwarte von der Politik, dass sie richtungweisende Entscheidungen für eine atomstromfreie Energieversorgung trifft, die nachhaltig angelegt sind und mehr als eine Legislaturperiode Gültigkeit haben.

Interview: Daniela Baum

Schüco ist Anbieter von Fenster-, Türen- und Fassadentechnologie sowie Solartechnik. Das Unternehmen ist außerdem Mitglied der 2°-Initiative (www.initiative2grad.de).



Regionale Wertschöpfung – neue Energie für Kommunen

Wenn Politik und Medien über Erneuerbare Energien sprechen, dauert es meist nicht lange, bis die Kosten als Problem benannt werden. Vor allem die Einspeisevergütung – also die Förderung, die der Anlagenbetreiber für jede erzeugte Kilowattstunde Ökostrom bekommt und die von allen Verbrauchern über die Stromrechnung bezahlt wird – führt regelmäßig zu Kritik an den Erneuerbaren.



„Entwicklung wird vielfach fahrlässig und manchmal auch fälschlich mit Wachstum gleichgesetzt.“

Jürgen Trittin, Vorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen

Bei der Preisdebatte wird jedoch meist außer Acht gelassen, dass die alten Energieformen kräftige Zuschüsse aus dem Steuerhaushalt bekommen und daher ebenfalls vom Bürger mitbezahlt werden. Noch weniger bekannt sind die positiven Effekte der dezentralen Erneuerbaren Energien auf die Entwicklung ländlicher Regionen.

Kommunen profitieren davon, wenn sie Anlagen für Erneuerbare Energien installieren und ihre Energie selbst erzeugen. Wind- und Solaranlagenbauer, Architekten, Dachdecker, Heizungsbauer, Fassadenbauer, Schornsteinfeger, Landwirte und Entsorgungsunternehmen werden für Installation, Wartung und Betrieb der Anlagen gebraucht. Das schafft Arbeitsplätze in der Region und erhöht die Kaufkraft der lokalen Bevölkerung. Dieser Aspekt spielt gerade in strukturschwachen Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit eine wichtige Rolle.

Doch durch Installation und Betrieb der Anlagen entstehen nicht nur zusätzliche Jobs, es werden auch Einnahmen über die Einkommens- und die Gewerbesteuer sowie durch Pachteinnahmen für Wind- und Solarflächen erzielt. Durch die Nutzung Erneuerbarer Energien verbleiben die Gelder, die früher für den Import von Energie ausgegeben wurden, nun in den Regionen.

Eine Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und des Zentrums für Erneuerbare Energien der Universität Freiburg (ZEE) zeigt: Die kommunale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien in Deutschland lag im Jahr 2009 bei fast sieben Milliarden Euro. Mehr als ein Drittel davon durch Photovoltaik, weitere 30 Prozent durch die Windenergie. Für 2010 rechnet die Studie bereits mit über zehn Milliarden Euro. Wenn sich der Ausbau wie vom Bundesverband der Erneuerbaren Energien prognostiziert entwickelt, könnten es 2020

schon über 13 Milliarden Euro sein. Zusätzlich hat die Nutzung der Erneuerbaren Energien in Deutschland 2009 etwa 77 Millionen Tonnen CO₂ vermieden und Energieimporte von über 3,7 Mrd. Euro überflüssig gemacht.

Kein Wunder, dass bereits einige Kommunen die Vorteile erkannt haben und zu Vorreitern der Energiezukunft geworden sind. Im Rhein-Hunsrück-Kreis setzt sich Landrat Bertram Fleck seit vielen Jahren für die Erneuerbaren Energien ein (siehe Interview auf dieser Seite). Allein 2009 konnten im Kreis 9,4 Millionen Euro an Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien generiert werden. Tendenz steigend. Für die deutschen Kommunen bieten sich also große Chancen, von den neuen Energien zu profitieren.

Damian Arikas

Wir sollten weniger um Prozentzahlen streiten, sondern Ziele praktisch umsetzen

Interview mit Bertram Fleck (CDU), Landrat im rheinland-pfälzischen Rhein-Hunsrück-Kreis

Der Rhein-Hunsrück-Kreis versorgt sich schon heute zu 57 Prozent mit erneuerbarem Strom und bereits im Jahr 2013 sollen 154 Prozent erreicht sein, so dass der Kreis zum Stromexporteur wird. Bertram Fleck verrät, welche Vorteile die Erneuerbare Energiewende für die Region bringt und warum sie sich auch für andere Kommunen lohnt.



Im Zusammenhang mit Erneuerbaren Energien wird oft von regionaler Wertschöpfung gesprochen. Was heißt das konkret für Ihren Landkreis?

Das heimische Handwerk ist der Hauptgewinner beim Bau dezentraler Energieanlagen. So wurden alleine durch unser Nahwärmekonzept der thermischen Nutzung von Baum- und Strauchschnitt sechs Millionen

Euro Auftragsvolumen regional vergeben. Bei allen anderen Anlagen verbleiben rund 20 Prozent des Investments beim örtlichen Handwerk, über jährliche Service- und Wartungsleistungen. Fortlaufende Pacht-Steuerzahlungen, Unternehmensgewinne in den Kommunen, Nettoeinkommen für Beschäftigte und Vergütungen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz sind Folgeeffekte. Eine von uns erstellte Grobabschätzung der Wertschöpfung wurde von der Agentur für Erneuerbare Energien wissenschaftlich geprüft. Demnach betrug die kommunale Wertschöpfung alleine für das Jahr 2009 bereits 9,4 Millionen Euro. Es wurden fossile Brennstoffimportkosten in Höhe von 12,3 Millionen Euro vermieden, Tendenz weiter steigend.

Nach wie vor sind viele Menschen noch nicht von der Machbarkeit einer 100-prozentigen

Versorgung mit Erneuerbaren Energien überzeugt. Was entgegnet Sie Skeptikern?

Wir sollten uns weniger um Prozentzahlen, Jahreszahlen der Verwirklichung, Ideologien und die Frage der notwendigen Anzahl von herkömmlichen Regellastkraftwerken streiten, als vielmehr die Ziele zum Aus- und Umbau praktisch umsetzen.

Vor 15 Jahren gab es in meinem Landkreis keine nennenswerte Energieerzeugung. 2009 gab es bereits 1.465 Anlagen zur erneuerbaren Stromerzeugung. 2012/13 werden wir aus diesen Quellen mehr Strom erzeugen, als der gesamte Kreis verbraucht, wir werden Stromexporteur. Auch ich habe diese Entwicklung bis vor Kurzem nicht für möglich gehalten.

Was wünschen Sie sich von der Berliner Politik, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter zu stärken?

Das Einspeiseprivileg für die Erneuerbaren muss bestehen bleiben, angepasst an die jeweilige Entwicklung. Für energetische Wohnungs- und Gebäudesanierungen sollten die Zinsverbilligungs- und Fördermöglichkeiten wesentlich aufgestockt werden. In diesem oft unterschätzten Bereich sind schnell und direkt Energieeffizienzmaßnahmen mit großem Einspareffekt umzusetzen.

Was raten Sie Kommunen und Landkreisen, die auf ihrem Weg zu einer Erneuerbaren Energieversorgung erst am Anfang stehen?

Das Rad muss nicht neu erfunden werden. Wir haben sehr viele Ideen bei anderen Kommunen gesehen und auf unsere Verhältnisse angepasst übernommen. Die zuständigen Gremien und Entscheidungsträger müssen sich als Vorbild an die Spitze der Bewegung stellen und ehrgeizige Ziele vorgeben, Privatpersonen und Gewerbetreibende folgen dann leichter.

Letztlich ist der Ausbau Erneuerbarer Energien das Potenzial für den ländlichen Raum, das nicht ungenutzt bleiben sollte.

Interview: Damian Arikas

Seit 1999 setzen Sie sich im Rhein-Hunsrück Kreis intensiv für den Ausbau von Erneuerbaren Energien ein. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Zunächst senkten wir mittels Energiecontrolling die Verbräuche unserer Gebäude massiv. Dies war die Voraussetzung, um die Erneuerbaren effizient nutzen zu können. Anschließend entwickelten wir ein Energiekonzept mit Potenzialen und Handlungsempfehlungen, die systematisch umgesetzt wurden – von CO₂-neutralen Heizanlagen, über Passivhaus-Bauweise bei Sanierungen bis zur Installation von Photovoltaik. Auch dezentrale Pilotprojekte packten wir an, um eine Vorreiterrolle in der Region einzunehmen und eine Vorbildfunktion auszuüben. Die Gremien reagierten immer aufgeschlossen.



„I strongly support CIA and Pentagon when they say that climate change is the biggest threat to human security.“

Dr. Kumi Naidoo, Direktor Greenpeace International

AKTION – STROMWECHSEL

Atom- und Kohlestrom Ade!

Verbrauchen Sie noch Kohle- und Atomstrom? Dann machen Sie einen Frühjahrsputz und holen sie sich saubere Energie in Ihre Wohnung!

Denn: Der Umstieg auf Erneuerbare Energien ist nicht nur Sache der Politik. Der einfachste Weg, um den Ausstieg aus Atom und Kohle selber voranzubringen, ist der Wechsel zu einem Ökostromanbieter.

Echte Ökostromanbieter sollten kein Geld mit Kohle oder Atom verdienen, sondern ausschließlich Strom aus Erneuerbaren Energien anbieten und in Neuanlagen investieren. Dies ist das Ideal und erfreulicherweise existiert es bereits am Markt. Wir empfehlen die vier bundesweit aktiven, unabhängigen Ökostromanbieter LichtBlick, Elektrizitätswerke Schönau (EWS), Naturstrom und Greenpeace Energy. Germanwatch kooperiert mit zweien dieser Anbieter von grünem Strom: EWS und LichtBlick.

Das Beste: Ihr Wechsel wirkt sogar doppelt! Sie erhalten sauberen Strom und unterstützen unsere Arbeit für mehr Erneuerbare Energien, mehr Energieeffizienz und mehr Klimaschutz.

Denn für jeden Kunden oder jede Kundin, der/die über diesen Aufruf zu EWS oder LichtBlick wechselt, zahlen die Anbieter einmalig 25 Euro an die Germanwatch-Kampagne „100 Prozent Zukunft“, die sich für eine erneuerbare Energiezukunft einsetzt (mehr Infos unter: www.100prozentzukunft.de)

Und wie funktioniert es?

Stromwechseln ist ganz einfach und in wenigen Minuten gemacht: Stromanbieter aussuchen, Formular ausfüllen und abschieken! Den Rest erledigt der neue Anbieter – und eine sichere Stromversorgung ist währenddessen natürlich immer gewährleistet. Jetzt wechseln unter:



www.germanwatch.org/strom

Termine

■ **Koblenz, 17.05.-23.09.11:** Die Germanwatch Klimaexpedition ist auf der Bundesgartenschau. Weitere Infos und genaue Termine: www.germanwatch.org/klima/ke

■ **Dresden, 02. bis 04.06.11:** Germanwatch-Infostand im Zentrum „Umwelt und Ökologie“ im Rahmen des Evangelischen Kirchentags. Weitere Infos: www.tinyurl.com/kt-stand

■ **Dresden, 03.06.11, 17.30-18.30:** Workshop „100 Prozent Zukunft – Lokal vorgehen und Energiepolitik selber machen“ von Stefan Rostock und Tobias Austrup, Evangelischer Kirchentag. Weitere Infos: www.tinyurl.com/ws-Dresden

■ **Münster, 17./18. Juni:** Konferenz „Vision 2030. Rückblick und Vorschau auf die Eine Welt Bewegung“; u.a. mit Klaus Milke. Weitere Infos: www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/1077/

■ **Ludwigsburg, 4.7.11, 19.30h:** Vortrag „Stand der UN-Klima-verhandlungen vor Durban – Weichenstellung zur großen Transformation?“ von Stefan Rostock. Weitere Infos: www.heinrich-pesch-haus.de

■ **Schwerte, 8. – 9. Juli 2011:** Konferenz „Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit in Mpumalanga/Südafrika und NRW/Deutschland“ u.a. mit einem Vortrag von Christoph Bals. Weitere Infos: www.tinyurl.com/klima-villigst

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Im Internet: www.germanwatch.org
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 205 00). Aus dem Ausland: BIC/BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Klaus Milke, Gerold Kier. Stand: Mai 2011. Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage 105.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert vom Bundesumweltministerium und dem Umweltbundesamt. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.



Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/zeitung
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Ausgaben pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/kliko
- _____ Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. www.germanwatch.org/zeitung
- Artikel: China überholt alle. Ausbau des Hochgeschwindigkeitsverkehrs ist ohnegleichen. Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/mt11hgv-china
- Studie: German Climate Finance – Put to the test. Germanwatch und Brot für die Welt zur deutschen Klimafinanzierung. Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/gcf10
- Hintergrundpapier: Anleger und Klimarisiken. Rechtliche Ansprüche auf dem Finanzmarkt am Beispiel von Aktien- und Investmentgesellschaften. 8 Euro. www.germanwatch.org/corp/auk
- Kurzanalyse der „Energieszenarien für ein Energiekonzept der Bundesregierung“. Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/nes-br
- Studie: Welche Energie-Zukunft ist möglich? Ein Vergleich von vier Niedrig-Energie-Szenarien für Deutschland. 8 Euro. www.germanwatch.org/klima/nes

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

www.germanwatch.org/pub

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

Mehr als nur eine Energiewende

WBGU fordert neuen Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) sieht für den „Übergang zur Klimaverträglichkeit“ ein knappes, aber noch offenes Zeitfenster. Der menschengemachte Klimawandel mache eine politisch induzierte gesamtgesellschaftliche Transformation in ein post-fossiles Gesellschaftsmodell zwingend notwendig und ist gleichzeitig Indikator ihres Gelingens.

Transformative Prozesse brechen aktuell in den Ländern des Maghreb auf. Sie sind Zeichen dafür, dass unhaltbare Zustände plötzlich kollabieren können und dass die transformativen Kräfte oft lange im Verborgenen gewachsen sind. Auch die Bewusstseinsbildung und die sich dadurch gewandelte Stimmung hin zu mehr Nachhaltigkeit in Deutschland hat einen solchen Wachstumsprozess durchlaufen. Ereignisse wie Fukushima können dann Auslöser transformativer Prozesse sein. Wichtig und gleichzeitig die Kernthese des Gutachtens ist: Die große Transformation könne nur gelingen, wenn die Bevölkerung durch packende Visionen mitge-

nommen wird und sie in globaler Partnerschaft erfolgt.

Das Gutachten identifiziert drei zentrale Transformationsfelder: **Energie** inklusive Verkehr (verantwortlich für 2/3 der langlebigen Treibhausgasemissionen), **urbane Räume** (hier leben 2050 etwa sechs Milliarden Menschen) und **Landnutzung** (aus Land- und Forstwirtschaft stammen etwa ¼ der weltweiten Emissionen).



Der WBGU formuliert zehn Maßnahmenbündel, sie reichen von 1) Den gestalten den Staat mit erweiterten Partizipationsmöglichkeiten ausbauen, über 4) Ausbau erneuerbarer Energien durch Einspeisevergütungen international beschleunigen, bis 10) Internationale Kooperationsrevolution anstreben. Bei letzterem wird der kommenden UN-Umwelt- und Entwicklungskonferenz 2012 in Brasilien („Rio 20+“) eine entscheidende Bedeutung beigemessen.

Der WBGU formuliert zehn Maßnahmenbündel, sie reichen von 1) Den gestalten den Staat mit erweiterten Partizipationsmöglichkeiten ausbauen, über 4) Ausbau erneuerbarer Energien durch Einspeisevergütungen international beschleunigen, bis 10) Internationale Kooperationsrevolution anstreben. Bei letzterem wird der kommenden UN-Umwelt- und Entwicklungskonferenz 2012 in Brasilien („Rio 20+“) eine entscheidende Bedeutung beigemessen.

Aufbruchstimmung

Germanwatch feierte 20-jähriges Jubiläum

Ist ja irritierend“, stellte Jürgen Trittin mit einem leichten Augenzwinkern fest, „sind wir nicht überall Vorbild und besser?“ Er verwies damit auf das Motto der Jubiläumsfeier: „Entwicklungsland Deutschland – auf dem Weg zur großen Transformation?“.

Die leidenschaftlichen Debatten waren besonders bei den energiepolitischen Fragen von Aufbruchstimmung geprägt, aber auch weitere Themen regten zur Diskussion an. So stellte der ehemalige Vorsitzende des Weltklimarats Robert Watson das Zusammenspiel der Herausforderungen in den Bereichen Welternährung, Biodiversität und Klima eindrucksvoll dar. Auch wurde die Frage des Wachstums von Wirtschaft und Ressourcenverbrauch kon-

trovers diskutiert: Ist noch einiges Wachstum nötig, um den weltweiten Umbau der Energiesysteme durchführen und die Klimakrise bewältigen zu können? Oder ist – wie Angelika Zahrt (BUND) forderte – eine rasche Abkehr vom Wachstum notwendig? Fast unumstritten war hingegen, dass die aktuelle Definition von „Wohlstand“ und damit die gängigen Wohlstandsindikatoren verbesserungswürdig sind.

Hinsichtlich der Erfordernisse in der deutschen Energiepolitik blieb die Forderung unwidersprochen, dass ein unwiderruflicher sofortiger Ausstieg aus dem Betrieb von acht Kernkraftwerken nötig sei. Ein beschleunigter Einstieg in Energieeffizienz und Erneuerbare, betonten insbesondere Norbert Röttgen, Jürgen Trittin



Alle Schwarzweiß-Fotos dieser Ausgabe: Tina Linster

„Wenn die großen Unternehmen nicht langsam mitkommen, stehen sie bald im Regen.“

Dr. Reinhard Loske (Bündnis90/Die Grünen), Umweltsenator der Freien Hansestadt Bremen



„Es passiert jetzt manchmal in Stunden mehr als früher in Legislaturperioden.“

Dr. Norbert Röttgen (CDU), Bundesumweltminister

und Ulrich Kelber, müsse jetzt vorangetrieben werden.

Die Diskussionen zeigten abermals, wie wichtig es ist, die ganze Gesellschaft auf dem Weg hin zu einer „Green Society“ mitzunehmen. Motivation und Hoffnung sollten vermittelt werden, so Greenpeace-Chef Kumi Naidoo. Martin Luther King habe bei seiner berühmten Rede ja auch nicht „I have a nightmare!“ ausgerufen, sondern: „I have a dream!“.

Neben vielen offiziellen Glückwünschen bekam Germanwatch auch „Zitat-Spenden“ von Teilnehmenden. Dieter Bareis, Lehrer aus Stuttgart, schrieb: „Als Einzelner kann man beim Klimaschutz und im Blick auf eine nachhaltige Entwicklung mehr erreichen als viele denken. Dennoch braucht man bei so wichtigen Anliegen einen guten Anwalt. Die Leute von Germanwatch sind meine Anwälte für eine zukunftsfähige Welt. Weiter viel Erfolg für Eure Lobby- und Aufklärungsarbeit!“.

Gerold Kier, Katrin Fillies

Einen ausführlichen Bericht mit vielen Fotos finden Sie unter www.germanwatch.org/20

Klimaschleudern auf Steuerkosten

Klima-Allianz fordert Reform der Dienst- und Firmenwagenbesteuerung

Firmenwagen machen mittlerweile über die Hälfte der Neuzulassungen aus, bei Oberklasse- und Geländewagen sind es sogar über 70 Prozent. Im Gegensatz zum Privatkauf sind bei der betrieblichen Nutzung von Firmenwagen alle Kosten (Anschaffungs- und Betriebskosten) steuerlich absetzbar. Diese Steuerprivilegien haben sozial und ökologisch erhebliche unerwünschte Konsequenzen. Eine grundlegende Reform ist deshalb ökologisch wichtig. Damit würde eines der größten Einsparpotenziale für CO₂ im Verkehrssektor in Deutschland erschlossen. Die bisherige Regelung ist zudem sozial ungerecht („privater Luxus auf Kosten der Steuerzahler“), und sie blockiert Innovationen im Automobilsektor.

Angesichts dieses Sachverhaltes hat die Klima-Allianz sich entschieden, die Reform der Dienst- und Firmenwagenbesteuerung zum Kampagnenthema des Jahres im Bereich Mo-

bilität zu wählen. Durch eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Reform könnten die Steuereinnahmen um 2,9 bis 4,6 Milliarden Euro im Jahr steigen.

Einerseits geht es um die steuerliche Absetzbarkeit der Anschaffungs- und Kraftstoffkosten, welche sich künftig an der Klimawirkung der Firmenwagen orientieren sollte. Wer ein vergleichsweise schadstoffärmeres Fahrzeug mit niedrigen Emissionswerten erwirbt, könnte weiterhin alle Kosten voll absetzen. Bei klimaschädlicheren Fahrzeugen sollte künftig nur ein Teil der Anschaffungs- und Treibstoffkosten steuerlich geltend gemacht werden können. Für Fahrzeuge mit sehr geringen CO₂-Emissionen kann eine Absetzbarkeit von über 100 Prozent der tatsächlichen Kosten und damit eine steuerliche Förderung erfolgen, womit Firmenwagen mit niedrigen Verbrauchswerten gefördert werden.

Zusätzlich sollte die steuerliche Bewertung des geldwerten Vorteils bei privater Nutzung stärker auf der Klimabelastung und dem tatsächlichen Nutzen des Fahrzeugs basieren. Möglich wären hier eine Differenzierung der Besteuerung des geldwerten Vorteils abhängig von den CO₂-Emissionen und/oder die Kopplung an die private Fahrleistung. Erfahrungen aus Großbritannien zeigen bereits, dass eine umweltorientierte Besteuerung von Firmenwagen zeitnah Erfolge für den Klimaschutz erzielen kann.

Doch die Reform soll auch einen Verkehrsträgerwechsel anstoßen. Eine bessere Absetzbarkeit der BahnCard 100 und auch von Streckenzeitkarten durch die Reform würde einen Anreiz geben, mehr mit dem Zug zu fahren oder gar ganz aufs Auto zu verzichten.

Manfred Treber